

» Politische Initiativen zur unsichtbaren Sorgearbeit



Birgit Erbe

Geschäftsführerin FAM –
Frauenakademie
München e.V.
erbe@frauenakademie.de
www.frauenakademie.de



Karin Jurczyk

Mitinitiatorin von Care.
Macht.Mehr
Abteilungsleiterin Familie
und Familienpolitik,
Deutsches Jugendinstitut e.V.
jurczyk@dji.de

I. Die Walpurgisnacht bringt es ans Licht

Die Nacht vom 30. April auf den 1. Mai kennt die unterschiedlichsten Bräuche und Traditionen. In feministischer Tradition, die die Walpurgisnacht in den 1970er Jahren unter dem Motto „Frauen erobern sich die Nacht zurück!“ politisierte, zieht seit einigen Jahren die Initiativgruppe „Care.Macht.Mehr“ in der sogenannten Freinacht durch die Münchner Innenstadt und macht auf die Geringerschätzung von Sorgearbeit aufmerksam: Öffentliche Statuen werden mit Attributen der Sorgearbeit ausgestattet oder Slogans wie „Feger* aller Ländler vereinigt Euch!“ an öffentliche Fassaden projiziert.¹ Dies spricht Passant/inn/en an, die an den Aktionen vorbeikommen und mit der Initiativgruppe ins Gespräch kommen. Es werden aber auch Gewerkschaften und politische Parteien adressiert, die den 1. Mai traditionell als Tag der Arbeit begehen, doch zumeist nur die formell regulierte bezahlte Arbeit meinen. Die Initiativgruppe betont demgegenüber, dass ein Großteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit von Menschen – überwiegend weiblichen Geschlechts – im Schatten oder an den Rändern formeller Arbeit verrichtet wird. Dass diese Arbeitsleistung keine öffentliche und politische Anerkennung erfährt, soll sich ändern. Indem der 1. Mai mit kreativen Mitteln zum ‚Tag der unsichtbaren Arbeit‘ erklärt und öffentlich ‚gefeiert‘ wird, rückt die gesellschaftliche Bedeutung von unbezahlter Sorgearbeit in den Blickpunkt.

Gleichwohl ist dies nur eine von vielen möglichen Aktionen, und sie ist eingebunden in unterschiedliche Initiativen und Bewegungen.

II. Debatten, Positionierungen, Initiativen – ein Überblick

Der Großteil an Initiativen und Bewegungen zur unsichtbaren Sorgearbeit (Care) – hier durchgehend verstanden als Tätigkeit für andere, wie Betreuen, Pflegen, Erziehen, Versorgen, Zuwenden,

sowie als Tätigkeit der Selbstsorge – ist nahezu gleichzeitig aufgeblüht, nämlich in einer bestimmten soziohistorischen Konstellation: angesichts kulminierender praktischer Probleme.

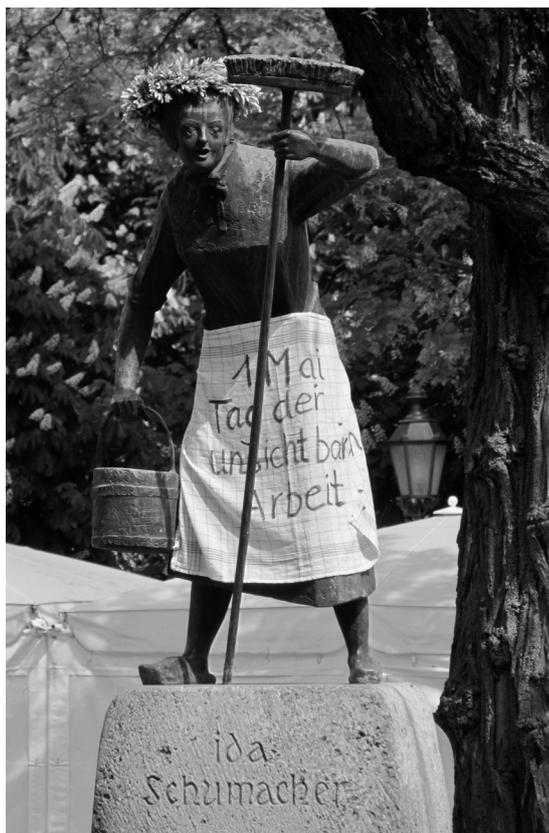
Die politischen Rahmenbedingungen versprechen im Herbst 2013 öffentliche Aufmerksamkeit für eine solche Problematisierung, denn vor der anstehenden Bundestagswahl schien sich in Deutschland hierfür ein Zeitfenster zu öffnen. Es gründeten sich mehrere Initiativen und die beteiligten Menschen traten mit politischen Aktionen in Erscheinung, verfassten Manifeste und Aufrufe und luden zu Konferenzen ein. Dies war nicht abgestimmt oder abgesprochen und die inhaltlichen Akzente wurden durchaus unterschiedlich gesetzt: Die Bewegung „Care Revolution“ formuliert die Notwendigkeit einer grundlegenden Umorganisation von kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft.² Auf ihrer Aktionskonferenz im März 2014, bei der sich über 500 Expert/inn/en, Wissenschaftler/innen, Praktiker/innen und Politiker/innen trafen, wurde im Übrigen die Idee des 1. Mai als Tag der unsichtbaren Arbeit erstmals öffentlich formuliert. Das Netzwerk „Gleichstellung jetzt!“ legt zwar den Fokus auf Gleichstellungsfragen, verknüpft diese aber systematisch mit der Forderung, Sorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen und auch verstärkt zu ‚verberuflichen‘. Ähnlich argumentiert die „Initiative feministischer Wissenschaftlerinnen“,

¹ Alle Fotos zeigen Aktionen der Care.Macht.Mehr-Initiative.

² Vgl. Winker, G. (2011): Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive. In: Das Argument 292, 53, 3, S. 333–344.

Die aktuelle Care-Krise tritt inzwischen vielerorts zu Tage. Hier einige Beispiele:

- Elternburnout: <http://www.eltern.de/beruf-und-geld/job/burnout-selbsttest.html>
- Stress pflegender Angehöriger: <https://www.deutsche-alzheimer.de/unser-service/archiv-alzheimer-info/stress-bei-der-betreuung-demenzkranker.html>
- Kranke Mütter und Kinder aufgrund von Überlastung: <http://www.erf.de/radio/erf-plus/aktuelles-vom-tag/muettergenesungswerkbelastungen-fuer-muetter-nehmen-kontinuierlich-zu/6719-4305>



Aktion der Initiative Care.Macht.Mehr am Münchener Viktualienmarkt 2014

² Vgl.: Rossanda, R. (1983): Einmischung. Frankfurt a. M.

³ Vgl. Thiessen, B. (2015): Soziale Arbeit und die Care-Krise. Neue Aufgabenfelder zur Initiierung von Caring Communities. In: Schwerpunktheft Care und Soziale Arbeit, Sozial Extra, 39. Jg., H. 1, S. 36–39.

⁴ Vgl. Erbe, B./Neu-süß, C. (2010): Von „Lehman-Sisters“, Familienrättern und hand-fester Systemkritik: Die feministische Debatte um die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. In: Femina Politica, 19. Jg., H. 1, S. 79–86.

⁵ Wichterich, C. (2009): Gegen den Wachstums- und Renditenterror. In: FRAUENRAT, 3, S. 24–25, hier S. 25.

⁶ Knecht, U./Krüger, C. et al. (2012): Das ABC des guten Lebens. Rüsselsheim, S. 38.

⁷ Vgl. Praetorius, I. (2015): Wirtschaft ist Care. oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen. Berlin, S. 32.

⁸ Harrington, M. (1999): Care and Equality. Inventing a New Family Politics (Übersetzung Maria S. Rerrich). New York, S. 25–26.

die für eine soziale, geschlechtergerechte und offene Gesellschaft eintritt. Die Initiative „Care.Macht.Mehr“ gründete sich 2013, nachdem im Jahr zuvor auf einem Workshop von sozialwissenschaftlichen Expert/inn/en aus Deutschland, Österreich und der Schweiz das Bedürfnis deutlich wurde, nicht nur in akademischen Zirkeln zu diskutieren und weitere wissenschaftliche Texte zu verfassen, sondern sich aktiv in gesellschaftliche Entwicklungen „einzumischen“². Sie verfassten das sogenannte ‚Care-Manifest‘, das inzwischen über 1.200 Personen unterschrieben haben, und verteilten dies an prominente Personen aus Wirtschaft, Politik und Wohlfahrtsorganisationen mit der Bitte um Unterstützung. Seither führen sie Tagungen im deutschsprachigen Raum wie auch kommunale Care-Workshops durch, um die Entwicklung von ‚Caring Communities‘ zu unterstützen.³

In den vergangenen Jahren meldeten sich auch die Gewerkschaften als Vertreter typischer Sorgeberufe wie Erziehung u.a.m. durch Streiks sowie Tarifverhandlungen lautstärker als zuvor mit ihren Forderungen nach einer höheren Entlohnung sowie besseren Arbeitsbedingungen zu Wort. Sie fokussieren zwar auf die sichtbare und bezahlte Sorgearbeit, machten aber stets die Verbindung zur privaten Sorgearbeit deutlich, die als Frauenarbeit allgemeine Abwertung erfährt.

Im internationalen Kontext rückten mit der Weltfinanz- und -wirtschaftskrise, ausgelöst durch

die Lehman-Pleite im September 2008, die Folgen der Deregulierung der Finanzmärkte sowie die Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein.⁴ Frauen waren weltweit, wie in allen wirtschaftlichen Krisen, stärker betroffen als Männer und übernahmen, wie es Christa Wichterich formuliert, eine „soziale Airbag-Funktion“⁵.

III. Wirkungsvolle Lösungen sind bestenfalls in Sicht

Bei allen Unterschieden der Initiativen und Debatten im Detail hinsichtlich Analysen und Aktions-schwerpunkten kann doch als gemeinsamer Grundkonsens das Ziel gelten:

Von der Care-Krise zur
Care-Gerechtigkeit gelangen.

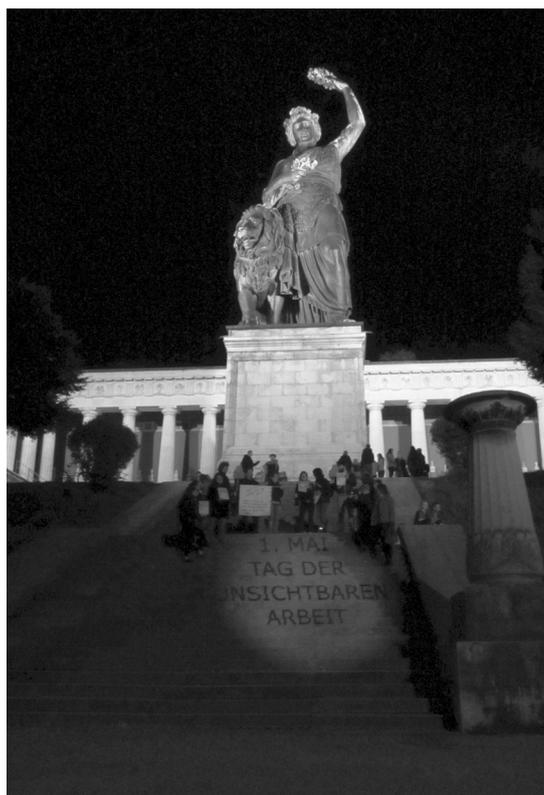
Dabei teilen insbesondere die feministischen Initiativen die Grundannahme, dass die gesamte öffentliche Sphäre die private Sorgearbeit voraussetzt, für Letztere aber immer weniger Zeit zur Verfügung steht. Sie fokussieren ihre Kritik daher auf die gesamtgesellschaftliche Organisation von Care und fordern ein neues Denken. So formulieren die Autorinnen des „ABC des guten Lebens“ als Ziel, „die Welt aus der Care-Perspektive zu gestalten“⁶. Ina Praetorius empfiehlt, das Eigentliche der Wirtschaft wieder ins Zentrum zu stellen, nämlich die „Befriedigung menschlicher Bedürfnisse der Lebenserhaltung und Lebensqualität“⁷. Nur eine an der Versorgung orientierte Wirtschaft könne dies gewährleisten, weshalb sie zu dem radikalen Fazit kommt, das gleichzeitig auch der Titel ihres Essays ist: ‚Wirtschaft ist Care‘. Als Teil des ‚Ganzen‘ nehmen wir im Weiteren den Zusammenhang zwischen beruflicher und privater Sorgearbeit näher in den Blick. Denn das Spezifische der Care-Krise ist, dass der Bereich privater Sorgearbeit – vor allem dem der Familie – sich nicht von dem der beruflichen trennen lässt. Care wird vielfach nicht als System betrachtet, wie Mona Harrington feststellt:

„Wir ‚sehen‘ das Problem nicht. Wir sehen kein Fürsorgesystem, das zusammenbricht, weil wir Fürsorge gar nicht erst als System erkennen. Wir sehen, wie Individuen private Entscheidungen darüber treffen, wer sich um die Kinder kümmert oder einen älteren von Arthrose geplagten Elternteil. Wir zählen das aber nicht zusammen und bezeichnen es als System, das gut oder schlecht funktioniert. Wenn wir den systemischen Zusammenbruch erkennen würden, müssten wir anfangen darüber nachzudenken, wie sich Fürsorge auf das Funktionieren der gesamten Gesellschaft auswirkt.“⁸

Dass Fürsorge und damit die ganze Gesellschaft offensichtlich immer weniger ‚funktionieren‘, verdankt sich forcierten Modernisierungstendenzen der ‚doppelten Entgrenzung‘ seit den 1970er Jahren.⁹ Die wohlfahrtsstaatlichen Leistungssysteme hinken mit großem Abstand der gleichzeitigen Veränderung des Familienlebens und der Erwerbs- sowie Geschlechterverhältnisse hinterher. Frauen und Mütter sind zunehmend erwerbstätig und wollen oder können nicht mehr selbstverständlich alle Sorgeaufgaben übernehmen. Während die Familienformen, in denen Sorgebeziehungen gelebt werden, komplizierter und anspruchsvoller geworden sind, schrumpften die dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen. Das bundesrepublikanische ‚Hausfrauenmodell‘ jedenfalls dient nicht mehr als verlässliche Basis für die Erbringung von Fürsorge. Die wachsenden Anforderungen an eine ‚gute Bildung von Anfang an‘, die steigende Komplexität in der Gesundheitsversorgung, neue Pflegeanforderungen einer alternden Gesellschaft u.a.m. treffen auf die Erwerbsverhältnisse eines zunehmend entgrenzten Arbeitsmarktes, der über Frauen wie Männern immer umfassender zu verfügen sucht. Dabei betreffen Intensivierungs- und Prekarisierungstendenzen gerade auch Sektoren der bezahlten Sorgearbeit. Ohne Zweifel kann Care prinzipiell nicht nur privat, sondern auch beruflich und zivilgesellschaftlich erbracht werden. Allerdings ist mit der Auslagerung der Sorgearbeit an öffentliche Institutionen, Märkte oder bürgerschaftliches Engagement unter unveränderten Rahmenbedingungen die Krise mitnichten gelöst. Dafür gibt es drei Gründe:

1.) Es gibt Grenzen der Auslagerung von Care aus der privaten Lebenswelt. Familie, verstanden als Vielfalt von auf Verlässlichkeit angelegten persönlichen Beziehungen zwischen Generationen und Geschlechtern, verknüpft in besonderer Weise Versorgung, Emotionen und Intimität. Zwar geht es in familialen Sorgebeziehungen auch um Arbeit, aber sie sind – anders als im beruflichen Kontext, wo die Zeit- und Kostenlogik dominiert – primär immer mehr und etwas anderes als Arbeit.¹⁰ Die spezifische Verknüpfung von Versorgung, Fürsorge und persönlichen Beziehungen macht gerade ihre Nicht-Marktförmigkeit zur Voraussetzung für die Entstehung und Pflege von Bindungen, für persönliche Entwicklung und die Entfaltung von Subjektivität.

2.) Es tritt gegenwärtig deutlich hervor, dass sich das bundesdeutsche Wohlfahrtsstaatsregime nicht hinreichend an den strukturellen Wandel angepasst hat. Vor dem Hintergrund der höheren Lebenserwartung sowie individuell und gesellschaftlich steigender Sorgearbeit geht es in sogar widersprüchlicher Weise von überkommenen Familien- und Geschlechterverhältnissen aus und erzeugt damit gravierende Care-Lücken und -Defizite. Institutionelle Angebote können weder quantitativ noch qualitativ und auch nicht zeitlich oder monetär den veränderten Bedarf decken.



Lichtinstallation zum „Tag der unsichtbaren Arbeit“ an der Bavaria auf der Theresienwiese in München 2016

Eine sowohl für die Entsende- als auch die Empfängerländer hoch problematische Antwort hierauf ist der Trend, Sorgearbeit durch irreguläre Beschäftigungsverhältnisse transnational zu externalisieren: Zum einen werden Sorgearbeiter/innen für Altenpflege und Hausarbeit aus wirtschaftlich schwächeren Ländern (etwa aus Osteuropa) ‚importiert‘. Folgen dieser Migration für die Care-Situation dort sowie die schleichende Deprofessionalisierung des Sektors in den Empfängerländern werden systematisch ausgeblendet.¹¹ Zum anderen wird die Deckung von Care-Bedarfen zunehmend ‚exportiert‘, zum Beispiel durch die Unterbringung Pflegebedürftiger in Heimen im kostengünstigeren Ausland. In beiden Konstellationen leisten weiterhin überwiegend Frauen die Sorgearbeit und die Ungleichheit zwischen den Frauen nimmt entlang der Dimensionen Ethnie und Klasse zu.

3.) Auch die professionell erbrachte Care-Arbeit unterliegt prinzipiell einer analogen Gering-schätzung wie die private. Nach wie vor wird davon ausgegangen, dass dafür erforderliche Kompetenzen als ‚natürliche‘ oder als ‚Allerwelts-Fähigkeiten‘ – insbesondere bei Frauen – vorausgesetzt und auch geringer entlohnt werden können. Die Kosten- und Effizienzlogik einer dominanten neoliberalen Wirtschaftsweise führt auch dazu, dass sich die Arbeitsbedingungen im Sorgesektor durch Arbeitsverdichtung, Zeitdruck und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowohl für Menschen mit Sorgearbeiten, aber auch für die professionell Sorgenden, weiter verschlechtern.

⁹ Vgl. Jurczyk, K./Schier, M./Szymenderski, P./Lange, A./Voß, G.-G. (2009): *Entgrenzte Arbeit – Entgrenzte Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung*. Berlin.

¹⁰ Das heißt keinesfalls, dass diese persönlichen Beziehungen stets positiv sind. Sie können vielmehr Elemente von Gewalt und Unfreiheit enthalten und individuelle Eigenständigkeit unterdrücken.

¹¹ Vgl. Rerrich, M. S./Thiessen, B. (2015): *Warum sollte Soziale Arbeit sich um die Care-Debatte kümmern? In: Schwerpunkt-heft Care und Soziale Arbeit, Sozial Extra*, 39. Jg., H. 1, S. 24–43.



Lichtinstallation an der DGB-Tribüne, München 2016

IV. Wie zum Beispiel steht es um Hausangestellte?

Auf EU-Ebene wird seit 2011 auf der European Social Platform 2011 ein ‚Menschenrecht auf gute Sorge‘ gefordert, das für alle gelten soll: diejenigen, die sorgen und die, die versorgt werden. Auf internationaler Ebene wurde im gleichen Jahr ein besonderer Schwerpunkt gesetzt: die ILO-Konvention 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte wurde verabschiedet. Ihr Ziel ist, die Arbeitsbedingungen der weltweit über 50 Millionen Beschäftigten in Privathaushalten zu verbessern. Im September 2014 trat dieses Übereinkommen auch in Deutschland in Kraft. Mitarbeiter/innen der Forschungsgruppe Care@Work an der Universität Hildesheim initiierten einen gemeinsamen Aufruf „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte – ab 1. September 2014 auch in Deutschland?“¹², der von vielen Einzelpersonen, Wissenschaftler/innen und Organisationen – unter anderem der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di – unterstützt wurde und in der Presse Resonanz fand. Er macht auf die Probleme dieser großen Beschäftigungsgruppe aufmerksam: Mehr als 80% der Beschäftigten sind Frauen und viele davon Migrantinnen. Hausangestellte übernehmen Pflegetätigkeiten für ältere Menschen oder betreuen Kinder; sie bügeln, putzen, führen den Haushalt, erledigen Gartenarbeiten. In Deutschland werden Hausangestellte überwiegend stundenweise, informell und unangemeldet oder in geringfügiger Beschäftigung eingesetzt. Mangelnde soziale Absicherung, unregelmäßige Arbeitszeiten und Niedriglöhne bis hin zur Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit in einzelnen Fällen sind Probleme der bezahlten Haushaltsarbeit.

Durch Ratifizierung des Übereinkommens 189 hat Deutschland sich zwar verpflichtet, Maßnahmen

zu ergreifen, um die Förderung und den wirksamen Schutz der Menschenrechte aller Hausangestellten sicherzustellen. Auch wenn die Rechtsituation in Deutschland bereits weitgehend den Anforderungen des Übereinkommens entspricht, kommt Deutschland dieser Verpflichtung de facto nicht nach, solange die geschaffenen Rechte von Hausangestellten nicht eingehalten beziehungsweise geschützt werden. Das gilt insbesondere für Migrantinnen als Pflegekräfte in Privathaushalten, aber auch für stundenweise in Schwarzarbeit beschäftigte Reinigungskräfte. Recht auf dem Papier ist noch keine effektive Rechtsdurchsetzung. Deshalb fordern die Verfasser/innen und Unterstützer/innen dieses Aufrufs eine offensive Politik, die im Sinne des Übereinkommens die Augen vor Rechtsverstößen und der weit verbreiteten Prekarität dieser Arbeitsverhältnisse nicht länger verschließt.

V. Politisch verzahnt statt verzettelt in die Zukunft

Vor dem skizzierten Hintergrund der benannten Initiativen und Bewegungen wird deutlich, dass diese sich nicht mehr damit zufrieden geben wollen, weitere Notlösungen und unverbundene kleine Maßnahmen zu organisieren. Es braucht vielmehr neue, umfassende gesellschaftliche Lösungen, die den Zusammenhang von Care, Geschlechterverhältnissen, Ökonomie, Arbeitsorganisation, Zeitstrukturen und sozialer Gerechtigkeit im Blick haben. Ministerien und Parlamente, Unternehmen und Verbände dürfen sich nicht länger in Einzellösungen verzetteln, sondern müssen – auch in transnationaler Perspektive – endlich damit beginnen, Care-Bedarfe als grundlegende gesellschaftliche Aufgabe im Zusammenhang wahrzunehmen.

Stellvertretend sei hier auf das Manifest „Hin zu einer neuen Sorgsamkeit“ von „Denknetz“ und „WIDE Switzerland“ verwiesen: Um eine neue gesellschaftliche Kultur zu entwickeln, in der die Sorge für sich und andere einen eigenständigen Stellenwert bekommt, stellt das Manifest vier Handlungsfelder für die Gewerkschaften, die Politik, die Medien sowie die Care-Arbeitenden, Pflegenden und Betreuungsabhängigen heraus:

1. öffentliche Care-Dienste verbessern,
2. bezahlte Sorge-Arbeit aufwerten,
3. Familien- und Sozialpolitik zielgenau anlegen und realisieren und
4. Erwerbsarbeitszeit reduzieren.

Es macht also durchaus Sinn, dass die einzelnen Initiativen teilweise unterschiedliche Schwerpunkte setzen und entsprechend in unterschiedlichen Handlungsfeldern aktiv werden. Arbeitsteilung im Detail erhöht auch hier die Effizienz. Unverzichtbar ist jedoch, dass der gesellschaftliche Zusammenhang von Fürsorglichkeit nicht aus den Augen verloren wird.

¹² Siehe <https://www.uni-hildesheim.de/en/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisationspaedagogik/forschung/forschungscluster-des-instituts/creatwork/aktuelles/>

Aufwertung und Neuorganisation von Sorgearbeit können nur gelingen, wenn sie sich erstens von traditionellen Geschlechterbildern lösen und zweitens, wenn bezahlte und unbezahlte, sichtbare und unsichtbare, professionelle und persönliche Sorgetätigkeiten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Es ist deshalb äußerst sinnvoll, dass das Thema Care auch in einer interdisziplinären grundlagen- wie anwendungsorientierten Forschung verankert wird, wie dies derzeit etwa im Bayerischen Forschungsverbund „Gender-und-Care-Dynamiken von Fürsorge im Kontext von Institutionen, Praxen, Techniken und Medien in Bayern (ForGenderCare)¹³ geschieht. Um politische Impulse geben zu können, muss dabei mit den Betroffenen geforscht werden und nicht nur über sie. Ebenso braucht es geeignete Formate, um wissenschaftliche Ergebnisse in Öffentlichkeit und Praxis zu vermitteln.

Als ein solcher Transmissionsriemen von Wissen und Veränderung könnte die Weiterbildung, insbesondere die familienbezogene Erwachsenenbildung, eine wichtige Rolle spielen, kommen doch hier lernwillige Menschen mit ihren ganz alltäglichen, nur scheinbar banalen vielfältigen Sorgeproblemen zusammen. Gleichzeitig versammeln sich hier diejenigen, die am wirksamsten ‚Hand anlegen‘ können an die Gestaltung eines fürsorglichen Lebens und Arbeitens.



Projektion am Karlstor, München 2016

Im Text wird auf folgende Initiativen verwiesen:

Care Revolution: Her mit dem guten Leben – für alle weltweit! Aktionskonferenz, <http://www.rosalux.de/event/49691/care-revolution-1.html>

Care.Macht.Mehr: <http://care-macht-mehr.com>, siehe dort auch das Care-Manifest

Denknetz/WIDE Switzerland: Manifest „Hin zu einer neuen Sorgsamkeit“, http://www.denknetz-online.ch/sites/default/files/manifest_hin_zu_einer_neuen_sorgsamkeit_2016_def.pdf

Gleichstellung jetzt!: <https://gleichstellungjetzt.wordpress.com>

Internationale Arbeitsorganisation (ILO): Übereinkommen 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---normes/documents/normativeinstrument/wcms_c189_de.pdf

Darüber hinaus sind weitere Netzwerke mit interessanten Aktivitäten sichtbar geworden:

Equal Care Day: Erstmals am 29.02.2016 ausgerufen wollen die Initiator/inn/en durch öffentliche Sensibilisierung einen Beitrag zur Wertschätzung von Fürsorgearbeit leisten, <http://equalcareday.de>

GrossmütterRevolution in der Schweiz: Hier vernetzen sich Frauen der neuen Großmuttergeneration, die einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Generationenbeziehungen im Wandel der Gesellschaft und damit zur Lebensqualität und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten, <http://www.grossmuetterrevolution.ch>

Karwoche ist Care-Woche: Die Aktion zur Karwoche versteht sich als Experiment der Neuinterpretation christlicher Traditionen und wurde 2016 gestartet, <https://karwoche-ist-carewoche.org>

MenCare Schweiz: Als Teil einer globalen Kampagne geht es um die Förderung väterlichen Engagements über Spiel und Spaß hinaus und die faire Verteilung von Care-Arbeit, <http://www.maenner.ch/mencare-schweiz>.

VPOD-Netzwerk-Respekt für Betreuer/innen in Privathaushalten, <http://respekt-vpod.ch>

¹³ <http://www.forgendercare.de/home/>